

[Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.](#)

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Griechenland, so sehr es akut vom Flüchtlingszustrom betroffen ist, ist kein klassisches Asyl- und Bleibeland: die geringe Zahl der Asylanträge zeigt dies. Für viele Flüchtlinge und Migranten ist das Land aufgrund der wirtschaftlichen Krise noch unattraktiver für den Verbleib geworden. Hatte zuvor noch ein robuster (Schwarz-)Arbeitsmarkt viele der Migranten integriert, so finden sich für die meisten Zuwanderer kaum noch Beschäftigungsmöglichkeiten. Außerdem hat sich auch das politische und gesellschaftliche Klima merklich aufgeheizt. Der Aufstieg der neofaschistischen, offen ausländerfeindlichen Goldenen Morgendämmerung zur erneut drittstärksten Partei im griechischen Parlament hat zwar vor allem mit antisystemischen Protestwählern zu tun. Aber die Partei kann aus der unzureichenden Migrations- und quasi inexistenten Integrationspolitik weitere Zustimmung generieren. Vor diesem Hintergrund ist auch die Willkommenskultur in Griechenland nicht besonders ausgeprägt: man geht davon aus, dass die Migranten und Flüchtlinge ohnehin nicht im Land bleiben möchten. Ähnlich aussagekräftig ist auch der Blick auf die vor allem in den 1990er Jahren massenhaft nach Griechenland migrierten Albaner: obwohl sich diese sprachlich sehr schnell und in der zweiten Generation auch in griechischen Schulen und Universitäten gut integriert haben, blickt man immer noch skeptisch auf diese Bevölkerungsgruppe.

Griechenland vereint durch seine jüngsten politischen Richtungswechsel in Sachen Migrations- und Asylpolitik sowie die administrativen und gesellschaftlichen Herausforderungen im Umgang mit den irregulären Migranten und Kriegsflüchtlingen viele der gesamteuropäischen Probleme wie in einem Brennglas. Das Land steht zudem unter weiterhin großem wirtschaftlichem und strukturellem Reformdruck und als entsprechend angespannt muss die Stimmung mit Blick auf die griechische und gesamteuropäische Flüchtlings- und Migrationspolitik charakterisiert werden.

Großbritannien

Hans-Hartwig Blomeier (29.09.2015)

Das Thema Migration steht in Großbritannien seit längerem und nicht erst seit der jüngsten Zuspitzung Flüchtlingsproblematik im Mittelpunkt der innenpolitischen Debatte. Der Europawahlkampf 2014 stand ganz im Zeichen diese Frage, wobei sich dies im wesentlichen darauf reduzierte inwieweit die EU-Mitgliedschaft letztlich maßgeblich für den unkontrollierten Zufluss von Migranten nach Großbritannien verantwortlich und inwieweit das Land an seine Grenzen hinsichtlich Aufnahmekapazität (Sozialversicherung, Wohnungsbau, Erziehungssystem) gelangt sei.

Dabei ist bemerkenswert, dass die Debatte über Umfang und Kontrolle von Migration in einen kausalen Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft und der Arbeitnehmerfreizügigkeit (*free movement of workers*) gesetzt wird. Die ebenso bedeutende Einwanderung aus nicht EU-Staaten und die besonderen Beziehungen zu den Commonwealth-Mitgliedstaaten werden dabei kaum oder nur am Rande erwähnt. Der (berechtigte) Stolz ein weltoffenes Land zu sein ist der steigenden Sorge gewichen dem ständig steigenden Strom von Migranten nicht mehr Herr werden zu können.

Ein weiteres Merkmal ist die geographische Streuung der Diskussion. Die Hauptstadt London ist einer der wohl kulturell vielfältigsten Städte der Welt, der Einfluss von Migration ist vielfältig sichtbar und wird allgemein als positiver Wert wahrgenommen. Eine Sorge oder gar Angst vor Überfremdung ist hier wenn überhaupt dann nur punktuell und im Zusammenhang mit radikalisiertem Islamismus erkennbar. Allerdings ist auch in London deutlich, dass eine gewisse „Gettobildung“ in dem Sinne erfolgt, dass bestimmte Nationalitäten in bestimmten Stadtteilen eine klare Konzentration aufweisen.

Anders stellt sich dies in ländlichen Gebieten und vor allem in weiten Landsteilen Englands dar. Insbesondere in den südlichen Landesteilen ist die Ablehnung gegen Migration deutlich spürbar, nicht umsonst hat hier die rechtspopulistische UKIP Partei mit einem klaren Anti-EU und Anti-Migrationsdiskurs den meisten Zulauf und erzielte bei der letzten EU-Wahl 2014

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

September 2015

www.kas.de

den höchsten Stimmenanteil (27.5 Prozent) und bei der jüngsten Parlamentswahl immerhin auch knapp 4 Mio. Stimmen.

Angesichts des recht großzügigen britischen Sozialversicherungssystems (Gesundheitssystem NHS, „in work benefits“, sozialer Wohnungsbau, etc.), ist die steigende unterschwellige und auch in der öffentlichen Diskussion erkennbare Ablehnung gegenüber steigenden Migrationszahlen denn auch im Wesentlichen mit einer Überstrapazierung dieser sozialen Dienstleistungen begründet. Auch wenn beispielsweise das staatliche Gesundheitssystem NHS ohne ausländische Krankenschwestern und Ärzte und der Wohnungsbau ohne osteuropäische Handwerker gar nicht funktionsfähig wäre, haben der angespannte Wohnungsmarkt mit mittlerweile exorbitanten Haus- und Mietpreisen und die (auch bedingt durch die positive Wirtschaftslage) rasant steigenden Einwanderungszahlen aus der EU zu einer insgesamt ablehnenden Haltung gegenüber der dem Migrationsphänomen geführt. Dabei wird, und dies ist im Kontext der Flüchtlingskrise wichtig, kaum zwischen arbeitssuchenden Migranten, Wirtschaftsflüchtlingen und Asylsuchenden sondern bestenfalls zwischen „legalen“ und „illegalen“ Einwanderern differenziert. Die offiziellen Migrationsstatistiken sind zudem durch die ausländischen Studenten in Großbritannien (rund 180.000 im vergangenen Jahr) aufgebläht²⁷.

Sie werden alle unter dem Begriff „migrants“ subsumiert, entsprechend problematisch verläuft die Diskussion über Ursachen und Umgang mit dem Phänomen.

Während dies bisher eine mehr oder weniger diffuse Problematik war, die sich vor allem im Kontext der regelmäßig veröffentlichten Einwanderungsstatistiken²⁸ widerspiegelte, haben die Bilder und Konfrontationen zwischen Polizei und Migranten im Sommer in Calais am Eurotunnel das Thema deutlich zugespitzt.

Das dort improvisierte Zeltlager mit z.T. menschenunwürdigen Zuständen, die verzweifelten Versuche von Migranten in LKW oder Zügen versteckt nach Großbritannien gelangen zu können, die Ohnmacht der französischen Polizei und die Reaktionen der britischen Politik und Grenzpolizei (Errichtung eines britischen Grenzzauns auf französischem Boden) haben die Flüchtlingsproblematik sichtbar gemacht und zu entsprechenden martialischen verbalen („marodierenden Migranten gefährden unseren Lebensstandard“ Außenminister Philip Hammond, 10.8.15) und eben auch physischen Abwehrreaktionen (siehe Calais) geführt. Bereits im Frühjahr hatte sich die britische Regierung kategorisch geweigert an einer Europa-weiten Quotierung zur Aufnahme von Flüchtlingen beteiligt zu werden (damit standen die Briten allerdings auch nicht allein da). Diese kategorische Position räumte die Regierung allerdings Anfang September (in offensichtlicher Reaktion auf den Eindruck, den die Bilder des ertrunkenen Jungen in Bodrum in der britischen Öffentlichkeit ausgelöst hatten) und verkündete über die nächsten 5 Jahre 20.000 syrische Flüchtlinge direkt aus Flüchtlingslager nach Großbritannien bringen zu wollen. Ferner sollen die Ausgaben der direkten Hilfsgelder Großbritanniens von £ 115 Million auf £ 1.1 Milliarden erhöht werden. Eine Beteiligung am EU Plan zur Adressierung der Flüchtlingskrise und den entsprechenden finanziellen Beitrag lehnt Großbritannien allerdings weiterhin ab.

Migration als (partei)politisches Thema

Angesichts der überwiegend reservierten bis ablehnenden Haltung in der britischen Bevölkerung gegenüber einer weiteren Steigerung von Migrationszahlen (wie schon gesagt ohne Differenzierung zwischen Herkunftsland und konkretem Migrationshintergrund) ist die Meinungsbildung im politischen Spektrum diffus. Die Labour Party ist derzeit intensiv mit sich

²⁷ Großbritannien wendet die UN-Definition für Migranten an, ansonsten wird gemeinhin die OECD Definition verwendet, die ausländische Studenten nicht einschließt.

²⁸ Nettoimmigration im Zeitraum 3/14 bis 3/15: 330.000, davon 183.000 aus EU-Mitgliedsländern. Daten siehe: <http://www.ons.gov.uk/ons/rel/migration1/migration-statistics-quarterly-report/august-2015/sty-net-migration.html> [29.09.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

selbst und einer gravierenden Orientierungskrise beschäftigt. Nach der überraschend deutlichen Wahl des Parteilinken Jeremy Corbyn zum Parteichef der Labour Party, marschierte er auf dem Parliament Square für „mehr Solidarität für Flüchtlinge“ und sprach sich für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen aus. Ob dies bei der reservierten Haltung der Gewerkschaften in der Migrationsdebatte zu einer nachhaltigen diesbezüglichen Positionierung der Labour Party führt, ist noch offen.

In der Konservativen Partei ist die diesbezügliche Haltung ohnehin eher restriktiv. Die vorherrschende Meinung hier ist dadurch gekennzeichnet, dass Großbritannien an die Grenze der Belastbarkeit gelangt ist, da durch die EU-Mitgliedschaft und die Attraktivität am Arbeitsmarkt ohnehin steigende Migrationszahlen zu verkraften sind und von daher nicht in der Lage ist zusätzliche Flüchtlingsgruppen²⁹ aufzunehmen. Die harte Linie innerhalb der Regierung wird dabei vor allem von Innenministerin Theresa May (die in der Frage von Grenzkontrollen zuständig ist) und Außenminister Hammond, aber auch vom Arbeits- und Sozialminister Ian Duncan Smith vertreten.

Jenseits der Konservativen Partei ist diese Thematik das zentrale Thema für UKIP, die sich mit Anti-EU und Anti-Migration Thesen profiliert hat und beide Themen auch eindeutig kausal miteinander verbindet. Der UKIP Vorsitzende Nigel Farage plädierte gar dafür, zur Lösung des Problems in Calais das Militär voranzuschicken.

Darüber hinausgehende politische Bewegungen, die sich in dieser Frage positionieren (Analog zum Pegida Phänomen in Deutschland) sind aber bis dato in Großbritannien nicht vorhanden.

Die Migrationsthematik in den britischen Medien

In den britischen Medien ist eine deutlichere Lagerbildung festzustellen. Während Guardian und Independent im mitte-links Spektrum eine eher von Verständnis für die Ursachen der Asylsuchenden geprägte Haltung einnehmen und versuchen auch auf die damit verbundenen persönlichen Schicksale einzugehen, fokussierte sich die konservative Presse (Daily Telegraph, Times, Financial Times, etc.) im Falle der Calais Krise zunächst sehr stark auf die mangelnde Handlungsbereitschaft Frankreichs („If France will not resolve the Calais crisis, Britain must“, Daily Telegraph vom 31.7.15), um dann der Argumentation von Innenministerin May zu folgen (gemeinsamer Namensartikel von Theresa May und ihrem französischen Amtskollegen Bernard Cazeneuve: „Calais crisis: this is a global migration crisis“).

Versuche in den Medien eine stärkere Differenzierung zumindest zwischen „refugees“ bzw. „asylum seekers“ und „economic migrants“ herzustellen blieben die Ausnahme, auch hier wie in der politischen Debatte wird alles unter dem Begriff „Migration“ subsummiert und entsprechende verallgemeinernd diskutiert.

Wie wird der Umgang mit Migration / Integration in Deutschland behandelt?

Eine ausgesprochen hohe Aufmerksamkeit erfuhr der Umgang mit der Migrationsthematik in Deutschland in allen britischen Zeitungen. Der Grundtenor war dabei zunächst überwiegend positiv und anerkennend in dem Sinne, dass Deutschland durch die enorm hohen Aufnahmezahlen (800.000 in einem Jahr) ein hohes Maß an Verantwortung und auch konkrete Last übernommen habe. Dies schlug allerdings mit der Entscheidung das Dublin Abkommen auszusetzen in Erstaunen und Unverständnis um.

Die Financial Times (21.8.15) zitiert Bundeskanzlerin Merkel mit der Aussage, dass die Migrationskrise für Europa besorgniserregender sei als Griechenland oder die Euro-Krise und stellt weiter fest: „ Deutschland nimmt auch weiterhin den größten Anteil Flüchtlinge von

²⁹ Dabei wird weitestgehend verschwiegen, dass der Anteil tatsächlich Asylsuchender mit rund 25.000 in den letzten 12 Monaten nur einen sehr geringen Anteil an der Gesamtzahl der Migranten ausmacht und im europäischen Vergleich ausgesprochen gering ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

September 2015

www.kas.de

allen EU-Nationen auf, ein Rekord, auf den es zu Recht stolz sein kann und bei allen Kontroversen hinsichtlich seiner Position zu Griechenland und dem Euro wird es so zu Europas humanitären Führungsmacht. Großbritanniens Ansatz ist dazu im Kontrast, fragwürdig.“

Bei detaillierterer Betrachtung werden aber auch hier Unterscheide erkennbar, die parteipolitischer Natur sind und auch der innenpolitischen Auseinandersetzung in Großbritannien dienen. So pflichtet beispielsweise der Guardian der Bundeskanzlerin bei, dass die Flüchtlingskrise „dieses Jahrzehnt definieren werde und dass Europas größte Herausforderung kollektive Lösungen brauche“. Des Weiteren betont der Guardian die Führungsrolle Deutschlands: „Deutschland geht voran - Merkel fordert EU auf, ihren Anteil an der Flüchtlingskrise zutragen“. Und weiter: „Wir Briten müssen uns davon verabschieden, mit dem moralische Zeigefinger auf Deutschland zu zeigen. Während Premierminister Cameron die christliche Nächstenliebe verrät, erteilt uns Deutschland eine Lektion in Sachen Mitgefühl“. Ferner lobt der Guardian, Deutschland erweise sich in der Flüchtlingsfrage aus „geschichtlichen und demographischen Gründen“ als „moralischer Champion“. Großbritannien agiere dagegen „feindselig“ gegen Flüchtlinge – „Stacheldraht, Zäune und Lager sind keine Lösungen“.

Demgegenüber fallen die Kommentare auf der anderen Seite entsprechend kritischer aus. Während die Times noch mit einem gewissen Verständnis titelt: „Wir können den Ansturm an Menschen nicht stoppen – Deutschland hat wenigstens einen ambitionierten Plan. Von der britischen Regierung kommt nichts“, befürchtet dagegen Daily Telegraph, dass Europa so „noch magnetischer“ auf Flüchtlinge wirke und auch Großbritannien dadurch betroffen werde. Die Times nennt den deutschen Zehnpunkteplan gegen die Flüchtlingskrise „eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Chaos“, hat aber auch Zweifel an der Umsetzbarkeit der Verteilung und den Kosten. Großbritannien verweigere sich zu Recht, da es zunächst „mutigere Strategien“ zur Reduzierung des Zustroms aus den Herkunftsländern brauche. Beim Daily Telegraph gipfelte dies in einer beißenden Karikatur, in der die Bundeskanzlerin als Micky Maus verkleidet, die Migrantenströme nach „Deutsch-Disney-Wunderland“ willkommen heißt.

Aufmerksam beobachtet und im Hinblick auf die eigene EU-Reformagenda analysierend bewertet wurden auch die Überlegungen und nachfolgenden Entscheidungen des deutschen Innenministers de Maiziere Grenzkontrollen wieder einzuführen und die unilaterale Aufkündigung des Dubliner Abkommens. Beides wird dahingehend kommentiert, dass sich damit vormals unverrückbare deutsche und europäische Positionen aufweichen und sogar den britischen Forderungen annähern, die noch vor wenigen Wochen als klar entgegengesetzt wahrgenommen wurden. Der Daily Telegraph geht gar so weit festzustellen: „Wenn Deutschland die EU-Regeln (Dublin) unilateral verletzt, dann sollten auch die anderen EU-Staaten ihre eigenen Zuwanderungsregeln festlegen können“. Diese kritische Berichterstattung setzte sich mit Fortdauer der Diskussion fest. Die veröffentlichte Meinung und die TV-Bilder in Großbritannien unterscheiden sich deutlich von den deutschen Bildern, der Fokus liegt weitaus deutlicher auf gewaltsamen Auseinandersetzungen an den Grenzen und weniger auf freundlichen Empfangsbildern auf deutschen Bahnhöfen. Die Wochenzeitschrift „Spectator“ (Ausgabe vom 12.9.) zeigte die Bundeskanzlerin auf seinem Titelblatt als eine von sich berauscht Loreley, eingehüllt in die Deutschland-Fahne und mit einer Harfe lockend, während unter ihr Menschen ertrinken. „Merkels tragischer Fehler“ lautete der Titel, „Ihr Lockruf gefährdet das Leben von Flüchtlingen“. Die Times-Kolumnistin Melanie Phillips brachte den Begriff der „Tugendprahleri“ (virtue signalling) ins Spiel und der Politologe Anthony Glee bezeichnete in einem Interview mit dem Deutschlandfunk Deutschland als einen „Hippiestaat, der sich nur von Gefühlen leiten lässt“ und dass die Deutschen damit, entgegen ihrer Selbstwahrnehmung zumindest auf die Briten „sehr unsympathisch“ wirken.

Etwas zurückhaltender argumentiert der Torie-nahe Think Tank Open Europe, der in der Migrationskrise und den Überlegungen, wie mit dieser umgegangen werden kann auch die Chance sieht über das Konzept der Freizügigkeit in der EU neu nachzudenken. Die jüngsten Umfragen hinsichtlich des EU Referendums zeigen allerdings einen klaren Anstieg der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

BREXIT Befürworter, der offensichtlich auf die Migrationskrise bzw. der Umgang derselben in der EU und insbesondere auch in Deutschland zurückzuführen ist.

Italien

Caroline Kanter (29.09.2015)

Seit Beginn des Jahres 2015 haben 122.393 Flüchtlinge die italienischen Küsten erreicht; davon allein im Juli circa 20.000 (Quelle: *Frontex*, 18.08.2015). Dabei bilden Eritreer, Nigerianer und Somalier die größten Flüchtlingsgruppen (Quelle: *La Repubblica*, 27.08.2015). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zahlen nahezu stabil. Im Verlauf des Jahres 2014 sind insgesamt etwa 170.000 Migranten in Italien angekommen. Man geht jedoch davon aus, dass diese Zahl im laufenden Jahr überschritten wird und rechnet mit etwa 200.000 Ankünften (Quelle: *Innenministerium*, 15.09.2015).

Gegenwärtig halten sich 96.385 Flüchtlinge in italienischen Aufnahmeeinrichtungen auf (Quelle: *La Repubblica*, 27.08.2015). Gemessen an der italienischen Gesamtbevölkerung macht das einen Anteil von circa 0,15 Prozent aus (Quelle: *La Stampa*, 22.08.2015).

Öffentliche Wahrnehmung in Italien

Mit der Zunahme der Flüchtlingsströme an den Küsten Süditaliens hat sich auch der öffentliche Diskurs und die Berichterstattung in den italienischen Medien intensiviert und verändert. Ende letzten Jahres stellten aus Sicht der italienischen Öffentlichkeit die Themen Arbeitslosigkeit (60 Prozent), wirtschaftliche Situation (37 Prozent) und erst an dritter Stelle die Immigration (18 Prozent) die größten Herausforderungen des Landes dar (Quelle: *Eurobarometer 82*). Nun hat sich die öffentliche Wahrnehmung gewandelt. Immigration wird mit 25% nach der Wirtschaftskrise als zweitgrößte Herausforderung des südeuropäischen Landes genannt. (Quelle: *Umfrage IPSOS für Il Corriere della Sera*, 06.07.2015).

Mit ihrer Wortwahl – „Notfall“ (emergenza), „Tragödie“ (tragedia), „Warnung“ (allarme) und „Krise“ (crisi) - unterstreichen die italienischen Medien die Brisanz der Situation und heben vor allem die hohe Anzahl der Opfer hervor. Die Schicksale der Flüchtlinge stehen im Vordergrund der Berichterstattung der Printmedien und im Fernsehen.

Die Unzufriedenheit in der italienischen Bevölkerung wächst und die kritischen Stimmen gegen Flüchtlinge nehmen zu. Hauptkritikpunkte sind dabei das schlechte Krisenmanagement seitens der Regierung, mangelnde Unterstützung und Solidarität von europäischer Seite und auch die zunehmende Angst mit Blick auf die innere und äußere Sicherheit Italiens.

Die Bevölkerung stellt ihrer Regierung schlechte Noten im Umgang mit den Flüchtlingsströmen aus. 73% sagen die Regierung habe sehr schlecht bzw. schlecht gehandelt. Auch was die Vertretung italienischer Interessen in Flüchtlingsfragen auf EU-Ebene angeht, bewerten 66% der Italiener das Handeln der eigenen Regierung als sehr schlecht bzw. schlecht (Quelle: *Umfrage IPSOS für Il Corriere della Sera*, 06.07.2015).

Im Umgang mit diesem „Notfall“ fühlt sich Italien von europäischer Seite alleingelassen und es wird mehr Solidarität und Unterstützung eingefordert. Diese Forderungen werden in einer Vielzahl von Medienberichten geäußert und von politischer Seite geteilt. Dass der kritische Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen zunimmt, zeigt auch eine Umfrage aus dem Juni 2015 wonach 42 Prozent der Italiener der Frage zustimmen, dass Migranten eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit von Personen darstelle. Im Januar 2015 waren dies lediglich 33 Prozent. Und circa 35 Prozent der Italiener sehen in diesen Entwicklungen eine Gefahr für Arbeitsplätze und Beschäftigung (Quelle: *Umfrage Demos & Pi*, Juni 2015). Als „Bedrohung für das Land“ bezeichnen 25 Prozent der Italiener die Flüchtlingsströme. Im Dezember 2014 waren es lediglich 13 Prozent der Befragten (Quelle: *Umfrage IPSOS für ISPI*, 26.06.2015).